

## **Bittl Hans**

---

**Von:** Hans Tratz <Hans.Tratz@martin-meier.de>  
**Gesendet:** Dienstag, 5. Dezember 2017 13:38  
**An:** Steppberger Andreas  
**Cc:** Bittl Hans  
**Anlagen:** 20171205132328816.pdf

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrter Herr Bittl

bitte den beil. Antrag der CSU-Stadtratsfraktion für Donnerstag, 7.12.2017 vorlegen.

Mit freundlichen Grüßen

ppa. Hans Tratz

---

### **Hans Tratz**

Prokurist  
Leiter Baustoffhandel/Transportbeton

Martin Meier GmbH  
DAS BAUZENTRUM EICHSTÄTT  
Weißburger Straße 14  
D-85072 Eichstätt

Tel.: +49 (8421) 9796-15  
Fax: +49 (8421) 8120  
Mobil: +49 (171) 8949915  
E-Mail: [hans.tratz@martin-meier.de](mailto:hans.tratz@martin-meier.de)  
Internet: [www.martin-meier.de](http://www.martin-meier.de)

Sitz: Eichstätt, Amtsgericht Ingolstadt, HRB 1172  
Geschäftsführer: Andreas Martin Meier, Hermann Meier



CSU-Fraktion, Eichstätt  
Hans Tratz  
Stadtrat



Stadratsfraktion Eichstätt

Herrn Oberbürgermeister  
Andreas Steppberger  
Große Kreisstadt Eichstätt  
Marktplatz 11  
85072 Eichstätt

Eichstätt, 05.12.2017

**Antrag auf Vertagung der Entscheidung zum Neuerlass der Straßenausbaubeitragssatzung**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

nach der Beratung im Hauptausschuss soll die Beschlussfassung im Stadtrat am 07.12.2017 erfolgen.

Wir bitten diesen Vorgang zu vertagen. Dieses Thema wird landesweit in den Ausschüssen des Bayerischen Landtages diskutiert. Die Überprüfung durch das Innenministerium ist gemäß Pressemitteilung (SZ-Bericht vom 30.11.2017 Anlage) bis April 2018 zu erwarten.

Hierbei wird u.a. über eine Soll/Kann-Lösung sowie die Möglichkeit zur Abrechnung von fiktiven bzw. realen Kosten beraten.

Diese und weitere Entwicklungen sollten wir doch abwarten und erst danach eine Entscheidung treffen.

Mit freundlichen Grüßen

ll, Pa-  
weitere  
„alten“  
brieben.  
gna-Re-  
einge-  
ter-Pro-  
ister oft

An den Unis in Augsburg und Regensburg sind es 22 beziehungsweise 21.

Gerade weil es nur noch so wenige Studenten sind, kann der Studienalltag für die Magister- neben den Bachelor- und Masterstudenten doch sehr seltsam sein. So erzählt es Gruf. „Die haben einfach einen anderen Zeitplan, andere Prüfungen und we-

Berufsbild. Die Kultusministerkonferenz ist dieser Argumentation 2007 gefolgt. Sie führte jedoch neue Module ein, um Ortswechsel und die Vergleichbarkeit zwischen den Unis zu erleichtern. Weitere Beispiele sind spezielle Magister, wie in Regensburg. Dort können Juristen aus dem Ausland einen Überblick über deutsches Recht

studium im Gruf lange Zeit ein Lebens-  
traum. Den kann er sich jetzt bald erfüllen.  
Im Gegensatz zu einem Master, so heißt es,  
bereite der Magister aber nicht direkt auf  
einen klaren Beruf vor. Gruf möchte des-  
halb promovieren. Die Voraussetzung: Er  
möchte eine bezahlte Promotionsstelle ha-  
ben. Seine Noten sind bisher gut genug,  
auf die letzten Prüfungen kommt es an.

## Aus Soll wird Kann

CSU will Kommunen freistellen, ob sie Anwohner an Straßenausbau beteiligen

hickt

21. De-  
ners-  
n wird  
irchen  
hn auf  
lokale  
nnen,  
er Tage  
die Be-  
hätten  
gerent-  
gen be-  
Exem-  
hat die  
Einge-  
zen las-  
rd am  
ie Ab-  
cht ge-  
3.  
seinen  
m Ter-  
ie per  
hinge-  
einde.  
Land-  
h auch  
lds be-  
einge-  
ietver-  
mehr  
Nach  
hat ei-  
lirger-  
Inter-  
id ge-  
deräte  
n mit  
mfeh-  
l dem  
doch  
ürger  
sent-  
KPF

München – Otto Lederer von der CSU steht recht stabil im Landtag. Auch bei Bernhard Pohl von den Freien Wählern ist kein Wanken zu erkennen. Und doch meinen beide, es sei jemand umgefallen. Nur wer von beiden, darüber streiten sie sich.

Es geht am Mittwoch im Maximilianeum um die Straßenausbaubeitragsatzung und die Frage hinter dem Wortungetüm: Wer soll zahlen, wenn eine Wohnstraße erneuert werden muss, Hauseigentümer oder Steuerzahler? Die Freien Wähler (FW) meinten 2016 noch die Hauseigentümer an der Straße – so wie alle anderen Fraktionen im Landtag auch. Schließlich profitieren ja nur sie und nicht alle Bürger von einer neuen Straße vor der Tür, hieß es damals zur Begründung. Jetzt sehen die FW das anders. Sie wollen, dass die Steuerzahler die Kosten übernehmen, oder besser, die Autofahrer, da das Geld für die Straßen nun aus der Kfz-Steuer kommen soll. Umgefallen nennen sie das bei der CSU und bekommen den gleichen Vorwurf sogleich von den FW zu hören.



Wird eine Straße saniert, kann es für die Anwohner teuer werden. Das löst in ganz Bayern Unmut aus. FOTO: JOHANNES SIMON

Denn auch die CSU hat ihre Meinung modifiziert. Kommunen sollen zwar auch weiterhin ihre Anlieger bis zu 80 Prozent an den Kosten von Straßenerneuerungen beteiligen können, allerdings nicht mehr verpflichtend. Jetzt steht im Gesetz eine sogenannte Soll-Regelung. Irreführend, da sie rechtlich ein Muss bedeutet, wie Gerichte etwa im Fall der Gemeinde Hohenbrunn klarstellten. Auch wenn eine Gemeinde von seinen Bürgern keine Beiträge erheben möchte, ist sie rechtlich praktisch dazu gezwungen. Das will die CSU nun ändern und eine Kann-Regelung einführen. Damit würde es den Gemeinden wirklich offen stehen, ob sie ihre Bürger an den Kosten beteiligen oder nicht.

Genau das habe die CSU bis vor kurzem nicht gewollt, sagt Jürgen Mistol von den Grünen und verweist auf den Konsens aller Fraktionen von 2016. Damals sei man sich einig gewesen, dass Bayern eine einheitliche Regelung brauche. Damit die Frage, ob Hauseigentümer zahlen müssen, nicht davon abhängt, ob sie in einer reichen oder in einer armen Gemeinde wohnen. „Man muss in der Politik auch Verlässlichkeit zeigen. Die sehe ich hier nicht“, sagte Mistol. Das inhaltliche Wanken der Freien Wähler führen die restlichen Fraktionen auf den bevorstehenden Landtagswahlkampf zurück. „Die Sorgen der Hauseigentümer waren gar nicht im Vordergrund gestanden, sondern die Angst vor den magischen fünf Prozent“, sagte Klaus Adelt von der SPD. Es ist aber auch die Befürchtung wahrzunehmen, dass der Wahlkampfslager, den FW-Chef Hubert Aiwanger mit markigen Sätzen („Die Bürger haben Existenzängste“) anstimmt, ankommen könnte. Alle Fraktionen aber warnen davor, sich blenden zu lassen.

Auf den zweiten Blick nämlich sei der Vorschlag der FW alles andere als durchdacht. CSU-Mann Lederer verweist auf die Expertenanhörung 2015, in der eine Steuerfinanzierung als nicht gerecht angesehen wurde. Dass vor allem die Anlieger pro-

fitieren sei von Gerichten bestätigt. Die neu eingeführten wiederkehrenden Beiträge, bei denen die Kosten auf mehrere Bewohner in einem Gebiet verteilt werden, seien gerechter, sagt Mistol. Wie sich diese auswirken, soll eine Überprüfung des Innenministeriums zeigen, die im April 2018 erwartet wird. Jetzt wird über die neuen Vorschläge von CSU und FW in den Ausschüssen diskutiert. Und die Frage, wer wie umgefallen ist. LISA SCHNELL

### Beilagenhinweis

In einer Teilaufgabe dieser Ausgabe liegen Prospekte folgender Firmer

SEGMÜLLER

BETT  
IM SCHLAF  
HONIG

SATURN  
GOOD. MUST. TECHNIK

bil  
... Mac

Prospektbeilagen  
Telefon 0 89/21 83-77 63  
E-Mail: prospektbeilagen@sz.  
www.sz.de